

E-Government-Gesetz Onlinezugangsgesetz

Mit E-Government-Gesetzen der Länder
und den Bezügen zum
Verwaltungsverfahrenrecht

Kommentar

Erläutert von

Dr. Wolfgang Denkhaus

Regierungsdirektor

Bayerisches Staatsministerium für Digitales

Prof. Eike Richter

Oberregierungsrat

Professor für Öffentliches Recht

Hochschule der Akademie der Polizei Hamburg

Lars Bostelmann

Ministerialrat

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

2019



Zitiervorschlag:
Denkhaus/Richter/Bostelmann, EGovG/OZG


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 72413 8

© 2019 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Jung Crossmedia Publishing, Lahnau

Umschlagsatz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das Recht der digitalen Verwaltung ist ein nach wie vor sehr junges Rechtsgebiet. Erst im Jahr 2009 wurde das erste Landes-E-Government-Gesetz verabschiedet. Im Jahr 2013 erfolgte auf der Bundesebene mit dem „Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung – E-Government-Gesetz (EGovG)“ der eigentliche Startschuss für die Herausbildung einer eigenen, eigenständigen Rechtsmaterie, die über punktuelle Annexregelungen zum Verwaltungsverfahrenrecht (z. B. § 3a, § 27a, § 35a und § 41 Abs. 2a, 71e VwVfG), zur Verwaltungsgerichtsordnung (§§ 55a–55c VwGO) und zum Fachrecht (z. B. § 36a SGB I, § 87a AO, § 1 PAuswG) hinausgeht.

Ziel des Bundesgesetzes ist die Schaffung eines einheitlichen Rechtsrahmens für eine durchgängig digitale, d. h. „medienbruchfreie“ elektronische Verwaltungskommunikation „vom Antrag bis zum Bescheid“ und die Beseitigung rechtlicher Hindernisse, wie etwa gesetzlicher Zugangsbeschränkungen (§ 2 EGovG), Schriftformerfordernisse (§ 3a Abs. 2 VwVfG) oder „analoger“ Nachweispflichten (§ 5 EGovG). Isd Medienbruchfreiheit erfasst das EGovG auch die interne Verwaltungsorganisation, insbes. mit Regelungen zur Einführung der elektronischen Akte, zum ersetzenden Scannen und zur Einsichtnahme in die elektronische Akte (§§ 6–8 EGovG).

In der Folge des Bundesgesetzes haben nahezu alle Länder eigene E-Government-Gesetze entweder bereits verabschiedet oder in Vorbereitung. Die Landesgesetze decken die wesentlichen Regelungsbereiche des EGovG des Bundes ab, gehen aber nicht selten auch darüber hinaus. Als neue Regelungsbereiche haben die Landesgesetzgeber u. a. entdeckt: die Pflicht der Behörden zur Bereitstellung von E-Government-Angeboten, die digitale Abwicklung grds. aller Verwaltungsverfahren, die Gewährleistung von IT-Sicherheit oder diverse Modelle zur effektiven IT-Organisation auf Landesebene, gerade auch unter Beteiligung der Kommunen.

Mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) von 2017 hat der Bund wieder stärker das Heft des Handelns an sich gezogen und die Verrechtlichung der digitalen Verwaltungs-IT weiter vorangetrieben. Nach Maßgabe des OZG sollen Bund, Länder und Kommunen nicht nur alle Verwaltungsleistungen auf allen Verwaltungsebenen bis 2022 online bereitstellen, sondern diese auch in einem einheitlichen Portalverbund integrieren und über ein einheitliches (interoperables) Nutzerkonto bundesweit einheitlich zugänglich machen. Der vorliegende Kommentar trägt der aktuell noch recht heterogenen Gesetzgebungslage auf Bundes- und Landesebene Rechnung.

Das Werk eröffnet seinen Nutzerinnen und Nutzern (Rechtswissenschaftlerinnen und -schaffter und Praktikerinnen und Praktiker in Behörden des Bundes, der Länder und Kommunen, in Justiz, Wissenschaft und Anwaltschaft) zwei Zugänge zur Rechtsmaterie:

1. Die Kommentierung zum EGovG (Bund) deckt die wesentlichen bundesgesetzlichen Grundlagen des Rechts der digitalen Verwaltung in Deutschland ab. Hierzu zählen neben dem EGovG des Bundes auch dessen wesent-

Vorwort

liche Bezüge zum EU-Recht und zum sonstigen Bundesrecht. Zu den im Rahmen der Kommentierung zum EGovG mit abgedeckten bundesrechtlichen Bezügen zählt neben dem OZG insbes. das VwVfG, VwZG und das De-Mail-G. Der Kommentar zum EGovG umfasst zudem (im Rahmen eines „Top-down“-Ansatzes) auch eine Differenzkommentierung zu den wesentlichen landesrechtlichen Bezügen der einzelnen Normen des EGovG.

2. Verwaltungsrecht ist und bleibt ganz wesentlich Landesrecht. Dies gilt auch für das Recht der digitalen Verwaltung. Die Mehrzahl der Nutzer des vorliegenden Kommentars wird sich daher auch und gerade mit landesrechtlichen Einzelfragen befassen. Neben dem „zentralen Zugang“ über das EGovG Bund („Top-down“ zum Landesrecht) bietet der Kommentar daher „in einem Band“ auch den Zugang „Bottom-up“ durch stärker ins landesrechtliche Detail gehende Darstellungen zu den jeweiligen Landes-E-Government-Gesetzen. Im vorliegenden Werk sind die zum 1. Oktober 2018 geltenden Landes-E-Government-Gesetze auf Basis der Materialien zum Gesetzgebungsverfahren, amtlicher Leitfäden und ggf. einschlägiger Literatur im Zusammenhang dargestellt. Die zuletzt in Kraft getretenen Gesetze für Bremen, Thüringen und Hessen werden durch kurze systematische Zusammenfassungen der Besonderheiten berücksichtigt. Rechtsänderungen, Rechtsprechung und Literatur sind bis 1. Oktober 2018 berücksichtigt. Für ihre wertvolle Unterstützung bei diesem Werk möchten wir *Christine Kamburg, Jan Liebenow* und *Saskia Steinicke* herzlich danken. Für wertvolle Hinweise und Anregungen danken wir außerdem *Dr. Rainer Bauer, Klaus Geiger, Marc Puder, Dr. Sönke E. Schulz* und *Uta Zeug*.

Die Verfasser hoffen, den Lesenden mit dem vorliegenden Werk einen strukturierten und informativen Überblick über das dynamisch wachsende Recht der digitalen Verwaltung zur Verfügung zu stellen.

München/Hamburg/Wiesbaden im November 2018

*Wolfgang Denkhaus,
Eike Richter
und Lars Bostelmann*

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Literaturverzeichnis	XIX
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII

A. Gesetzestexte

1. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung (E-Government-Gesetz – EGovG)	1
2. Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG)	11

B. Kommentar

I. Bundesgesetze

1. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung (E-Government-Gesetz – EGovG)

Einleitung	15
E-Government-Gesetz	57

2. Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG)

Einleitung	315
Onlinezugangsgesetz	334

II. Landesgesetze

1. Baden-Württemberg	377
2. Bayern	449
3. Berlin	527
4. Mecklenburg-Vorpommern	597
5. Nordrhein-Westfalen	653
6. Saarland	741
7. Sachsen	795
8. Schleswig-Holstein	891
9. Bremen	959
10. Thüringen	961
11. Hessen	963

Inhaltsübersicht

C. Texte angrenzender Gesetze

1. Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)	965
2. Verwaltungszustellungsgesetz (VwZG)	973
3. Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)	977
4. Zivilprozessordnung (ZPO)	981
5. Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis (Personalausweisgesetz – PAuswG)	985
6. De-Mail-Gesetz (De-Mail-G)	991
Sachverzeichnis	999



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	XIX
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII

A. Gesetzestexte

1. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung (E-Government-Gesetz – EGovG)	1
2. Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG)	11

B. Kommentar

I. Bundesgesetze

1. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung (E-Government-Gesetz – EGovG)

Einleitung	15
§ 1 Geltungsbereich	57
§ 2 Elektronischer Zugang zur Verwaltung	74
§ 3 Information zu Behörden und über ihre Verfahren in öffentlich zugänglichen Netzen	117
§ 4 Elektronische Bezahlungsmöglichkeiten und elektronische Rechnungsstellung	127
§ 4a Elektronischer Rechnungsempfang; Verordnungsermächtigung	132
§ 5 Nachweise	156
§ 6 Elektronische Aktenführung	168
§ 7 Übertragen und Vernichten des Papieroriginals	188
§ 8 Akteneinsicht	205
§ 9 Optimierung von Verwaltungsabläufen und Information zum Verfahrensstand	214
§ 10 Umsetzung von Standardisierungsbeschlüssen des IT-Planungsrates	220
§ 11 Gemeinsame Verfahren	228
§ 12 Anforderungen an das Bereitstellen von Daten, Verordnungsermächtigung	254
§ 12a Offene Daten der Behörden der unmittelbaren Bundesverwaltung	261
§ 13 Elektronische Formulare	270
§ 14 Georeferenzierung	274
§ 15 Amtliche Mitteilungs- und Verkündungsblätter	286
§ 16 Barrierefreiheit	294
§ 17 Änderung verwaltungsrechtlicher Rechtsverordnungen des Bundes	301
§ 18 Anwendungsregelung	309
§ 19 Übergangsvorschriften	311

Inhaltsverzeichnis

2. Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG)

Einleitung	315	
§ 1	Portalverbund für digitale Verwaltungsleistungen	334
§ 2	Begriffsbestimmungen	342
§ 3	Ziel des Portalverbundes; Nutzerkonten	349
§ 4	Elektronische Abwicklung von Verwaltungsverfahren	355
§ 5	IT-Sicherheit	359
§ 6	Kommunikationsstandards	363
§ 7	Für die Nutzerkonten zuständige Stelle	367
§ 8	Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung	368

II. Landesgesetze

Einleitung zur Kommentierung der Landesgesetze	375
--	-----

1. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung des Landes Baden-Württemberg (E-Government-Gesetz Baden-Württemberg – EGovG BW)

Einleitung	377
------------	-----

Abschnitt 1. Grundlagen

§ 1	Geltungsbereich	382
-----	-----------------	-----

Abschnitt 2. Elektronisches Verwaltungshandeln

§ 2	Elektronischer Zugang zur Verwaltung	387
§ 3	Elektronische Informationen und Verfahren	392
§ 4	Elektronische Bezahlungsmöglichkeiten	395
§ 5	Nachweise	397
§ 6	Elektronische Aktenführung	399
§ 7	Übertragen und Vernichten des Papieroriginals und elektronischer Dokumente	403
§ 8	Akteneinsicht	407
§ 9	Optimierung von Verwaltungsabläufen und Information zum Verfahrensstand	408
§ 10	Anforderungen an das Bereitstellen von Daten, Verordnungs- ermächtigung	411
§ 11	Elektronische Formulare	415
§ 12	Georeferenzierung	417
§ 13	Amtliche Mitteilungs- und Verkündungsblätter	420
§ 14	Barrierefreiheit	424
§ 15	E-Government-Infrastruktur	426

Inhaltsverzeichnis

§ 16	Informationssicherheit	432
§ 17	Umsetzung von Standardisierungsbeschlüssen des IT-Planungsrates	434

Abschnitt 3. Organisation und Strukturen der Zusammenarbeit in der Informationstechnik

§ 18	Beauftragte oder Beauftragter der Landesregierung für Informations- technologie	436
§ 19	Aufgaben und Befugnisse der oder des Beauftragten der Landesregierung für Informationstechnologie	437
§ 20	IT-Rat Baden-Württemberg	441
§ 21	Aufgaben des IT-Rates Baden-Württemberg	442
§ 22	Arbeitskreis Informationstechnik des IT-Rates Baden-Württemberg	443
§ 23	IT-Kooperationsrat Baden-Württemberg	443
§ 24	Erlass von Verwaltungsvorschriften	447

2. Gesetz über die elektronische Verwaltung in Bayern (Bayerisches E-Government-Gesetz – BayEGovG)

Einleitung	449
----------------------	-----

Teil 1. Elektronische Verwaltung

Art. 1	Anwendungsbereich	457
Art. 2	Digitale Zugangs- und Verfahrensrechte	463
Art. 3	Elektronische Kommunikation und Identifizierung	465
Art. 4	Elektronische Behördendienste	471
Art. 5	Elektronischer Zahlungsverkehr und Rechnungen	476
Art. 6	Elektronisches Verwaltungsverfahren	479
Art. 7	Elektronische Akten und Register	484
Art. 8	Behördliche Zusammenarbeit	490

Teil 2. Sicherheit in der Informationstechnik

Kapitel 1. Allgemeine Vorschriften

Art. 9	Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik	494
Art. 10	Aufgaben	497
Art. 11	Behördenübergreifende Pflichten	502

Kapitel 2. Befugnisse

Art. 12	Abwehr von Gefahren für die Informationstechnik	506
Art. 13	Untersuchung der Sicherheit in der Informationstechnik	509
Art. 14	Mindeststandards	510
Art. 15	Warnungen	511

Kapitel 3. Datenschutz

Art. 16	Datenspeicherung und -auswertung	512
Art. 17	Datenübermittlung	518

Inhaltsverzeichnis

Teil 3. Schlussbestimmungen

Art. 18	Einschränkung von Grundrechten	520
Art. 19	Experimentierklausel, Inkrafttreten, Außerkrafttreten	520

3. Gesetz zur Förderung des E-Government (E-Government-Gesetz Berlin – EGovG Bln)

Einleitung	527
------------	-----

Abschnitt 1. Grundlagen

§ 1	Geltungsbereich	532
§ 2	Ziel und Zweck	534
§ 3	Datenschutz	537

Abschnitt 2. Verwaltungshandeln im E-Government

§ 4	Elektronische Kommunikation	537
§ 5	Elektronische Bezahlmöglichkeiten	546
§ 6	Nachweise	547
§ 7	Elektronische Akten	550
§ 8	Übertragen und Vernichten des Originals	555
§ 9	Akteneinsicht	559
§ 10	Optimierung von Verwaltungsabläufen und Information zum Verfahrenstand	560
§ 11	Information zu Behörden und über ihre Verfahren in öffentlich zugänglichen Netzen	564
§ 12	Elektronische Formulare	566
§ 13	Bereitstellen allgemein zugänglicher Datenbestände, Verordnungs- ermächtigung	569
§ 14	Elektronische Beteiligungsverfahren	572
§ 15	Gestaltung informationstechnischer Angebote	574
§ 16	Öffentliche IT-Zugänge	574
§ 17	Georeferenzierung	575
§ 18	Amtliche Mitteilungs- und Verkündungsblätter	577
§ 19	Öffentliche Bekanntmachung im Internet	579

Abschnitt 3. IKT-Steuerung

§ 20	Grundsatz	580
§ 21	IKT-Staatssekretär oder IKT-Staatssekretärin	584
§ 22	Lenkungsrat für IKT, E-Government und Verwaltungsmodernisierung	588
§ 23	IKT-Sicherheit	591
§ 24	IKT-Dienstleister	593
§ 25	Erlass von Verwaltungsvorschriften	594

Abschnitt 4. Schlussvorschriften

§ 26	Evaluierung	596
------	-------------	-----

4. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltungstätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern (E-Government-Gesetz Mecklenburg-Vorpommern – EGovG M-V)

Einleitung	597
§ 1 Geltungsbereich	602
§ 2 Elektronischer Zugang zur Verwaltung	605
§ 3 Information zu Behörden und über ihre Verfahren in öffentlich zugänglichen Netzen	611
§ 4 Elektronische Bezahlungsmöglichkeiten	614
§ 5 Elektronische Nachweise, Einwilligung	616
§ 6 Georeferenzierung	619
§ 7 Amtliche Mitteilungs- und Verkündungsblätter	622
§ 8 Anforderungen an das Bereitstellen von Daten, Verordnungsermächtigung	624
§ 9 Barrierefreiheit	628
§ 10 Elektronische Aktenführung, Verordnungsermächtigung	629
§ 11 Übertragen und Vernichten des Papieroriginals	633
§ 12 Akteneinsicht	637
§ 13 Datenübermittlung	638
§ 14 Optimierung von Verwaltungsabläufen	640
§ 15 E-Government-Basisdienste, Einhaltung von IT-Landesstandards	642
§ 16 Koordinierung der Informationstechnik in der Landesverwaltung	647
§ 17 Lenkungsausschuss E-Government	649
§ 18 Evaluierung	651

5. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen (E-Government-Gesetz Nordrhein-Westfalen – EGovG NRW)

Einleitung	653
------------	-----

Abschnitt 1. Grundlagen

§ 1 Ziel und Geltungsbereich	661
§ 2 Barrierefreiheit	668

Abschnitt 2. Elektronisches Verwaltungshandeln

§ 3 Elektronischer Zugang zur Verwaltung	669
§ 4 Elektronische Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen	677
§ 5 Elektronische Verwaltungsverfahren	681
§ 6 Information zu Behörden in öffentlich zugänglichen Netzen	683
§ 7 Elektronische Bezahlungsmöglichkeiten	686
§ 8 Nachweise	688
§ 9 Elektronische Aktenführung	691

Inhaltsverzeichnis

§ 10	Übertragen und Vernichten des Papieroriginals	696
§ 11	Aufbewahrung und Archivierung	699
§ 12	Optimierung von Verwaltungsabläufen und Information zum Verfahrensstand	701
§ 13	Akteneinsicht	704
§ 14	Elektronische Behördenkommunikation und Datenaustausch	705
§ 15	Petitionsverfahren	707
§ 16	Anforderungen an das Bereitstellen von Daten	708
§ 17	Georeferenzierung von Registern	711
§ 18	Elektronische Beteiligungen	714
§ 19	Amtliche Mitteilungs- und Verkündungsblätter	715

Abschnitt 3. Informationstechnische Zusammenarbeit

§ 20	Umsetzung von Standardisierungsbeschlüssen des IT-Planungsrates	718
§ 21	IT-Kooperationsrat Nordrhein-Westfalen	719
§ 22	Koordinierung der Informationstechnik in der Landesverwaltung	722
§ 23	Verordnungsermächtigung und Verwaltungsvorschriften	725
§ 24	Landesbetrieb IT.NRW	734

Abschnitt 4. Schlussvorschriften

§ 25	Überprüfung von Rechtsvorschriften	736
§ 26	Inkrafttreten und Berichtspflicht	738

6. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung im Saarland (E-Government-Gesetz Saarland – E-GovG SL)

Einleitung	741
----------------------	-----

Abschnitt 1. Grundlagen

§ 1	Geltungsbereich	746
-----	---------------------------	-----

Abschnitt 2. Elektronisches Verwaltungshandeln

§ 2	Information zu Behörden und über ihre Verfahren in öffentlich zugänglichen Netzen	750
§ 3	Elektronischer Zugang zur Verwaltung	752
§ 4	Barrierefreiheit	758
§ 5	Elektronische Aktenführung	759
§ 6	Nachweise	763
§ 7	Übertragen und Vernichten des Papieroriginals	766
§ 8	Akteneinsicht	769
§ 9	Elektronische Formulare	770
§ 10	Elektronische Bezahlungsmöglichkeiten	772
§ 11	Georeferenzierung	773
§ 12	Petitionsverfahren	776
§ 13	Elektronische Beteiligungsverfahren	776

Inhaltsverzeichnis

§ 14	Amtliche Mitteilungs- und Verkündungsblätter	778
§ 15	[Aufgehoben]	780
§ 16	Optimierung von Verwaltungsabläufen und Information zum Verfahrensstand	780
§ 17	Anforderungen an das Bereitstellen von Daten, Verordnungs- ermächtigung	783

Abschnitt 3. Informationstechnische Zusammenarbeit

§ 18	Umsetzung von Standardisierungsbeschlüssen des IT-Planungsrates	787
§ 19	IT-Kooperationsrat Saarland	788

Abschnitt 4. Schlussvorschriften

§ 20	Überprüfung von Rechtsvorschriften	791
------	--	-----

7. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung im Freistaat Sachsen (Sächsisches E-Government-Gesetz – SächsEGovG)

Einleitung	795
----------------------	-----

Abschnitt 1. Allgemeine Regelungen

§ 1	Anwendungsbereich	803
§ 2	Elektronische Kommunikation	806
§ 3	Elektronische Zahlungsverfahren	818
§ 4	Amtliche Mitteilungs- und Verkündungsblätter	820
§ 5	Datenschutz	823
§ 6	Datenschutz bei gemeinsamen Verfahren	826
§ 7	Barrierefreiheit	832

Abschnitt 2. Regelungen für die staatlichen Behörden

§ 8	Bereitstellung von Daten	833
§ 9	Interoperabilität und Informationssicherheit	837
§ 10	Basiskomponenten	842
§ 11	Datenübermittlung	854
§ 12	Elektronische Vorgangsbearbeitung und Aktenführung	856

Abschnitt 3. Regelungen für die Träger der Selbstverwaltung

§ 13	Interoperabilität und Informationssicherheit	863
§ 14	Basiskomponenten	866
§ 15	Datenübermittlung	869
§ 16	Elektronische Vorgangsbearbeitung und Aktenführung	876

Abschnitt 4. Organisation

§ 17	Zentrale Einrichtungen des Freistaates Sachsen	877
§ 18	Sächsischer IT-Kooperationsrat	879

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt 5. Schlussvorschriften

§ 19	Verhältnis zu anderen Vorschriften	884
§ 20	Experimentierklausel	885
§ 21	Evaluierung	889
§ 22	Einschränkung eines Grundrechtes	890

8. Schleswig-Holstein

a) Gesetz zur elektronischen Verwaltung für Schleswig-Holstein (E-Government-Gesetz – EGovG)

Einleitung	891
----------------------	-----

Abschnitt I. Grundlagen

§ 1	Gesetzeszweck, Anwendungsbereich	897
§ 2	Begriffsbestimmungen	899
§ 3	Grundsatz der kooperativen Kommunikation	901
§ 4	Datenschutz	903

Abschnitt II. Maßnahmen des E-Government

§ 5	Verwaltungsträgerübergreifende Prozessgestaltung	904
§ 6	Verwaltungsträgerübergreifende Zusammenarbeit bei elektronischer Aufgabenerledigung	907
§ 7	Verwaltungsträgerübergreifende elektronische Kommunikation	909
§ 8	Zentrale Dienste des Landes	911

Abschnitt III. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 9	Fortentwicklung des E-Government (Experimentierklausel)	917
§ 10	Ordnungswidrigkeiten	918
§ 11	Inkrafttreten	918

b) Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz – LVwG –) (Auszug)

Zweiter Teil. Verwaltungshandeln

Abschnitt I. Allgemeine Vorschriften

Unterabschnitt 1. Elektronische Kommunikation

§ 52a	Elektronische Kommunikation	921
§ 52b	Elektronischer Zugang zur Verwaltung	929
§ 52c	Informationen zu Behörden und über ihre Verfahren in öffentlich zugänglichen Netzen	933
§ 52d	Elektronische Aktenführung und Vorgangsbearbeitung	935
§ 52e	Ersetzendes Scannen	940
§ 52f	Akteneinsicht in elektronische Akten	943
§ 52g	Elektronische Zahlungsverfahren und Rechnungen	945

Inhaltsverzeichnis

§ 52h	Barrierefreiheit	948
§ 52i	Zentrale E-Governmentstelle	950
§ 52j	Umsetzung von Standardisierungsbeschlüssen des IT-Planungsrates	951
§ 329a	Amtliche Mitteilungs- und Verkündungsblätter	952

c) Geodateninfrastrukturgesetz für das Land Schleswig-Holstein (GDIG) (Auszug)

§ 9	Georeferenzierung	955
-----	-------------------	-----

9. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Bremen

Kurzzusammenfassung	959
---------------------	-----

10. Thüringer Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung (Thüringer E-Government-Gesetz – ThürEGovG –)

Kurzzusammenfassung	961
---------------------	-----

11. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Hessen (Hessisches E-Government-Gesetz – HeEGovG –)

Kurzzusammenfassung	963
---------------------	-----

C. Texte angrenzender Gesetze

1.	Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)	965
2.	Verwaltungszustellungsgesetz (VwZG)	973
3.	Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)	977
4.	Zivilprozessordnung (ZPO)	981
5.	Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis (Personalausweisgesetz – PAusWG)	985
6.	De-Mail-Gesetz (De-Mail-G)	991
Sachverzeichnis		999